

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 10.12. – 14.12.2012  
Weihnachtsausgabe

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

1. Peer Steinbrück kann Kanzler
2. Fracking verhindern
3. Beschneidungsdebatte versachlichen
4. Mieter stärken
5. Studiengebühren abschaffen - BAföG anpassen



## Peer Steinbrück kann Kanzler

*Peer Steinbrück setzte mit seiner fulminanten Rede sozialdemokratische Akzente, die weit über den Parteitag hinaus reichen und bekam mit 93,45 Prozent der Stimmen sehr breite Unterstützung für seinen Kurs in Hannover zugesprochen.*

### Nie wurde Deutschland schlechter regiert als unter Schwarz-Gelb

Viele im Land merken, dass es Zeit für eine andere Politik ist. Nie wurde Deutschland schlechter regiert. Union und FDP haben sich in einem Netz aus Politik- und Klientel-Pfuscherei verheddert und Kanzlerin Merkel ist die Spezialistin fürs Diffuse und Unverbindliche. Gerade in der Europa-Politik sagt sie den Menschen nicht die Wahrheit und rettet damit bisher ihre persönlichen Beliebtheitswerte. Wir sind überzeugt, dass dies nicht mehr lange gelingt, denn „die Bürger vermissen bei Merkel einen Kompass, klaren Kurs und Werteorientierung“, so Steinbrück auf dem Parteitag.

### Klares Bekenntnis für Rot-Grün

Anders als im Wahlkampf 2009 haben wir eine gute Regierungsperspektive. Steinbrücks klares Bekenntnis, die Regierung komplett abzulösen, begrüßen wir ausdrücklich. Noch einmal zusammen mit CDU und CSU an den Kabinettstisch? Nein danke, damit haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. "Man darf nicht lavieren, mit mir gibt es nur eine rot-grüne Regierung, für eine Große Koalition stehe ich nicht zur Verfügung“, verdeutlichte Steinbrück. Wir müssen unsere Wählerinnen und Wähler mobilisieren, damit das gelingt!

## Mehr „Wir“, weniger „Ich“

Unsere Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität müssen wieder in Deutschlands Fokus gerückt werden. Nach vier verlorenen Jahren durch Schwarz-Gelb müssen die Themen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit endlich angepackt werden! Beste Bildung, starke Kommunen, faire Löhne für gute Arbeit, Kampf gegen den Missbrauch von Minijobs und Leiharbeit, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, Solidarrente und Verhinderung von Altersarmut gehören dazu ganz oben auf die Tagesordnung. Wir sagen aber auch, dass wir den Spitzensteuersatz erhöhen und Vermögenssteuer wieder einführen wollen. „Steinbrück ist der Beste, um den Raubtier-Kapitalismus der Finanzmärkte energisch zu bändigen“, dieses Zitat von Sigmar Gabriel teilen wir ausdrücklich.

**Wir wissen, wie gute und faire Politik aussieht. Wir wissen, das ist auch für Nordhessen gut und wir werden dafür streiten, dass wir diese Ziele mit einem Kanzler Peer Steinbrück in der nächsten Legislaturperiode auch umsetzen können!**

## Fracking verhindern



Da für Teile Nordhessens konkrete Anträge zur Genehmigung der Erforschung unkonventioneller Erdgasvorkommen vorliegen, ist dieses Thema für uns besonders brisant. **Beim Fracking darf kein Risiko aus Profitgier eingegangen werden! Sicherheit für Mensch und Umwelt müssen vorgehen, deshalb fordern wir einen Erkundungsstopp für das umstrittene Verfahren.**

Insbesondere der Einsatz von nicht näher definierten „weiteren Zuschlagstoffen“, wird in Expertenkreisen kontrovers diskutiert und durch die insgesamt große Menge benötigten Wassers würden schädliche Stoffen nahezu unkontrolliert in den Boden gepresst. Sogar das Umweltbundesamt spricht von einem nicht ausgereiften Verfahren.

In unserer Region gibt es die meisten Mineralwasserquellen Deutschlands. Wir wollen daher keine Verunreinigung unseres Wassers riskieren und die Ausbeutung der Gasquellen widerspricht auch unseren Bestrebungen, die Erneuerbaren Energien voranzubringen.

Auf Bundesebene fordern wir unter anderem ein **Fracking-Moratorium nach dem Beispiel Nord-Rhein-Westfalens!** Außerdem wollen wir Transparenz herstellen, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, was in der Region geplant ist. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat unseren Antrag erwartungsgemäß abgelehnt, legt selber aber keine Vorschläge auf den Tisch. Wir fordern Frau Merkel und Umweltminister Altmaier auf: Handeln Sie endlich! Auch bei diesem so wichtigen Thema laviert Schwarz-Gelb wieder und so müssen wir zum wiederholten Male auf den Bundesrat mit den SPD-regierten Ländern hoffen.

## Beschneidung

Wir haben bereits in der 2. November-Ausgabe der *Aktuellen Hauptstadtinfos* darauf hingewiesen, dass wir das eilige Vorgehen der Bundesregierung beim Thema Beschneidung nicht gutheißen.

**Dennoch haben wir in dieser Woche über die Regelung zur Beschneidung entschieden.** Die SPD steht dafür, dass Familien jüdischen und muslimischen Bekenntnisses in Deutschland eine Heimat haben und hier ihre Zukunft sehen. Das Urteil eines Landgerichts vom Mai 2012, das die Beschneidung von Jungen für rechtswidrig erklärte, und die sich daran anschließende emotionale politische Diskussion haben jedoch große Verunsicherung ausgelöst. **Die Beschneidung von**

Jungen rechtlich zu regeln und für die betroffenen Eltern wieder Rechtssicherheit zu schaffen, ist daher **unausweichlich** geworden. Dazu lag in dieser Woche ein Gesetzentwurf der Bundesregierung, verschiedene Änderungsanträge sowie ein alternativer Gesetzentwurf vor. Die Abgeordneten unserer Fraktion haben über die Regelung der Beschneidung ihrem Gewissen gemäß entschieden. Alle Anträge hatten zum Ziel, unnötige Schmerzen von den Jungen fernzuhalten.

## Studiengebühren abschaffen, BAföG anpassen



Niemand bezweifelt wohl ernsthaft, dass wir in Deutschland eine verantwortungsvolle und sozial gerechte Studienfinanzierung brauchen. Umso verwunderlicher ist es, dass sich die Bundesregierung seit längerem recht still verhält, wenn es um das Thema Studienfinanzierung geht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass für viele junge Menschen die Finanzierung oft die größte Hürde beim Studienstart ist. Dies gilt besonders für Studienberechtigte aus eher bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien oder solchen mit Migrationshintergrund. Wir

haben daher einen Antrag formuliert und fordern die Bundesregierung auf, die **BAföG-Bedarfssätze und die Freibeträge anzupassen**. Wir wollen auch das so genannte „Deutschlandstipendium“ abschaffen und die Mittel stattdessen den Begabtenförderungswerken zukommen lassen. Sie sollen für eine Förderung genutzt werden, die stärker auf Chancengleichheit ausgerichtet ist. Darüber hinaus soll das Aufstiegsstipendium aufgestockt werden. **Studiengebühren sollen in allen Bundesländern abgeschafft werden, so wie wir Sozialdemokraten es in Hessen geschafft haben!**

## Mieter stärken

Den Mieterinnen und Mietern in Deutschland stehen in der nächsten Zeit gravierende Änderungen bevor, sei es durch den demografischen Wandel (Stichwort: barrierefreie Wohnungen) oder Maßnahmen zum Klimaschutz (Stichwort: energetische Gebäudesanierung).



Das Mietrecht muss an veränderte Wohn- und Mietbedingungen angepasst und zeitgemäß fortentwickelt werden. Insbesondere darf die energetische Gebäudesanierung nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung von Mieterinnen und Mietern führen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, klare Rahmenbedingungen für die Förderung der energetischen Gebäudesanierung zu formulieren. **Insbesondere das Mietminderungsrecht muss beibehalten werden**. Auch das soziale Mietrecht ist zu erhalten. Das „Contracting“ (dabei überträgt der Vermieter den Betrieb seines vermieteten Hauses auf einen Dritten) muss gesetzlich geregelt werden. Der Mieterschutz darf nicht ausgehöhlt werden. Mieterhöhungen müssen begrenzt und eine Doppelbelastung der Mieterinnen und Mieter durch energetische Modernisierung und Mieterhöhungen vermieden werden.

### **Unser Tipp der Woche:**

- **Jugendmedienworkshop 2013:** Im März werden 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten die Chance bekommen, den politischen Alltag und den Medienbetrieb in Berlin kennenzulernen. Motto ist in diesem Jahr „Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demografie – Gesucht: Lebenswege 3.0“. Die Bewerbungsphase läuft vom 15. Dezember 2012 bis zum 15. Januar 2013. Interessierte bewerben sich bitte unter <http://bundestag.jugendpresse.de>.

Wir wünschen allen

Leserinnen und Lesern ein

FROHES UND BESINNLICHES

WEIHNACHTSFEST

und einen

GUTEN RUTSCH INS NEUE JAHR!



Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia